

an die betroffenen
Paragemeinden
(Paragemeinden) versandt

26.5.2017
H. Bauer

ARGUMENTATIONSHILFE

zur Diskussion

um Wirtschaftswachstum
und Energiebereitstellung

besonders im Hinblick auf das geplante
Atomkraftwerk St. Pantaleon-Stein

für jene, die aus christlichem Verantwortungs-
bewußtsein diesen Fragen nicht
gleichgültig gegenüberstehen (sollten).

Herausgeber und Verleger: Bürgerinitiative gegen Atomgefahren im
Weltbund zum Schutze des Lebens (WBL), 4010 Linz, Postfach 167
PSK konto 2376.031, zusammengestellt und für den Inhalt verant-
wortlich: Dipl.Ing. Friedrich Witzany, 4490 St. Florian, Faunleiten

Sehr geehrte Damen und Herren !

Es ist heute keine Frage mehr, daß durch die Überbewertung von Fortschritt und Technik die menschlichen Maßstäbe stark verzerrt werden, daß der Mensch für den Fortschritt da ist und nicht umgekehrt - wie es wünschenswert wäre - der Fortschritt für den Menschen.

Zweitens ist es uns bewußt, daß die Erde mit ihren Rohstoffen und Naturschätzen nicht unerschöpflich ist und auch keinen Notausgang hat, auf dem wir sie verlassen könnten, sobald wir sie ökologisch ruiniert haben.

Da die Wachstumsgrenzen erkannt sind und den Menschen in der Industriegesellschaft mit Unbehagen die soziale Situation langsam bewußt wird, kann ein Ausweg nur in einem grundlegenden Umdenken gesehen werden, in einer Umschichtung bestehender Wertordnungen.

Nicht Wirtschaftswachstum, Produktion, Konsum und Gewinn müssen in den Mittelpunkt gestellt werden, sondern der Mensch.

Diese Meinung vertritt eine unabhängige und verantwortungsbewußte Wissenschaft. Dieses Gedankengut wird in breiten Bevölkerungsschichten einsichtig und zustimmend aufgenommen.

Zum Unterschied davon fahren die Wirtschaftsexperten und Technokraten (und in ihrem Sog leider auch die Politiker) in den alten Geleisen weiter. Die Atombetreiber, interessenverflochten und existenzabhängig, beschleunigen nur den dahinbrausenden Zug, anstatt ihn sinnvollerweise zu bremsen.

Die vorliegende Zusammenstellung, die bei weitem keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, - unsere finanziellen Mittel sind äußerst bescheiden - soll Ihnen selbst das Umdenken erleichtern und Sie dazu veranlassen, den Gedanken an eine Wertumschichtung zu verfolgen, zu vertiefen und weiterzugeben.

Mit bestem Dank für Ihr Verständnis

Dipl.Ing. Friedrich Witzany e.h.

Linz, am 27. Mai 1975

Am Tag, als das Informationszentrum der Kernkraftwerks-Ges.m.b.H. in St. Pantaleon eröffnet wurde.

Es hat 1,2 Millionen gekostet und nimmt sich im Vergleich zur veranschlagten Bausumme von 12 Milliarden (12.000 Millionen) recht bescheiden aus.

P f i n g s t a n s p r a c h e am besetzten Baugelände des Atomkraft-
werkes W y h l , Pfingstsonntag, 18. Mai 1975.

Peter Bloch
Pfarrer

Emmendingen-Windenreute
Feldackerweg 1

Meine Damen und Herren !

Liebe Freunde von den Bürgerinitiativen und vom Umweltschutz !

Sie sind an diesem Pfingsttag hierhergekommen, nicht nur um sich irgendwo im Grünen zu erholen - das hätten Sie auch anderswo tun können - , sondern weil Sie bereit sind, an einer entscheidenden Stelle Verantwortung für Landschaft und Leben mitzutragen.

Der Ortsname WYHL ist inzwischen über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus zum Begriff geworden, nicht weil hier eine Hand voll verärgelter Kaiserstühler oder gar politischer Linksgruppen den Aufstand proben, sondern weil Tausende von Bürgern unseres Landes erkannt haben, daß Fortschritt und industrielles Wachstum zwei Paar Stiefel sind. Und es ist Ihr Verdienst, daß Sie dies schneller und tiefgründiger erkannt haben als andere Bevölkerungsteile, ja auch als die Mehrzahl der von Amts wegen Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft.

Wenn uns von Seiten der Regierung und der Energiewirtschaft immer wieder vorgehalten wird, die Kernenergie sei nötig, um unsere derzeitigen sozialen Errungenschaften zu erhalten und zu steigern, so sei die Gegenfrage erlaubt: Was ist nötiger und lebensnotwendiger als eine gesunde und ökologisch intakte Natur und Umwelt ?

Niemand von uns wird so weltfremd und vernarrt sein, daß er glaubt, ganz ohne künstliche Energie und eine entsprechende Energiewirtschaft auszukommen. Wo es sich aber herausstellt, daß eine bedenkenlose Wachstums - politik zu nicht wieder gut zu machenden ökologischen Schäden führt, ist die Energiepolitik "bewußt in den Dienst der Wachstumsbeschränkung und Wachstumslenkung zu stellen", wie es der Schweizerische Bund für Naturschutz in einem energiepolitischen Manifest gefordert hat.

"An die Stelle von 'Berechnungen' des künftigen Bedarfs müssen Überlegungen über das unter ökologischen Gesichtspunkten verantwortbare Maß des Energieumsatzes treten." Von alledem will aber der Politiker nichts wissen, der gewohnt ist, seine Entscheidungen danach zu fällen, was vom

Volk gewünscht wird. Und gewünscht wird immer noch die Sicherung seines materiellen Wohlstandes.

Beispielhaft für diese Politik des geringsten Widerstandes war die Rede von Bundesforschungsminister Matthöfer am 1. Mai dieses Jahres in Bad Boll. Matthöfer hat - sinngemäß - Folgendes gesagt : Der Bau von Kernkraftwerken sei nötig, weil der Bürger von seinen Konsumgewohnheiten nicht abzulassen bereit sei.

Ist dies aber der Fall, daß der Bürger von seinen Konsumgewohnheiten nicht ablassen will, so ist es Aufgabe der Regierung, ihn darüber aufzuklären, welche schwerwiegenden Nachteile er sich für seinen weiter steigenden Lebensstandard einhandelt.

Nun ist aber seit jüngerer Zeit tatsächlich zu hören, die Regierung wolle den Bürger aufklären. Aber worüber klärt sie ihn denn auf ? Sie klärt ihn nicht etwa darüber auf, daß er auf manches in Zukunft verzichten müsse, um auch seinen Nachkommen ein Leben auf dieser Erde zu ermöglichen. Sie klärt ihn auch nicht darüber auf, welche Risiken er eingeht, wenn er zur Kernenergie ja sagt. Keineswegs klärt sie ihn auf über die Schädlichkeit des Plutoniums als Endprodukt bei der Kernenergiegewinnung. Woher erfahren wir denn, daß 1 kg Plutonium genügt, um 18 Milliarden Menschen am Lungenkrebs sterben zu lassen, daß eine vollentwickelte Kernenergiewirtschaft in der Welt jährlich über 100 Tonnen von diesem Gift erzeugt und daß die Halbwertszeit dieses Giftes und somit die Strahlungsdauer 24 000 Jahre beträgt. Etwa von der Regierung? Etwa von der Energiewirtschaft?

Der Bürger muß sich diese Angaben von anderswoher, etwa von verantwortlichen Wissenschaftlern, sagen lassen, wobei er sich der Tragweite dieser Zahlen meist noch nicht einmal bewußt ist.

Aber worüber klärt denn die Regierung auf? - Sie klärt darüber auf, wie unschädlich, nützlich und umweltfreundlich ein Atomkraftwerk sei. Das ist ihre Aufklärung. Und diese Aufklärung wird im Stil einer aufwendigen Werbung an den ahnungslosen Bürger herangetragen. Aber zum Glück ist dieser Bürger nicht mehr so ahnungslos, wie ihn manche gern hätten, wenigstens nicht in unserer Region.

Wer will es ihm verargen, wenn er auf Grund solcher Tatbestände "emotional" reagiert. Geht es doch nicht nur um seine eigene viel zitierte Lebensqualität, sondern auch um die Lebensqualität und das Überleben von Generationen nach ihm. Und außerdem: argumentiert man auf der Regierungsseite etwa nicht emotional? Ist es sachlich vertretbar, wenn Herr

Ministerpräsident Filbinger in seiner Fernseh- und Landtagsansprache davon spricht, daß ohne Kernenergie in Baden-Württemberg die ersten Lichter ausgehen. Wird hier nicht mit der Angst der Bevölkerung in unverantwortlicher Weise operiert?

Oder ist es etwa nicht emotional, wenn Bundeswirtschaftsminister Friedrichs in seiner Festansprache anlässlich der Übernahme des Kernkraftwerks Biblis A mit überschwenglichen Worten den "Pioniergeist unserer Kernindustrie" lobt, ohne auch nur mit einem Wort auf die ungeheuren Gefahren und Nachteile dieser Art der Energieerzeugung einzugehen?

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, ein paar Sätze aus dieser bemerkenswerten und leider nur allzu typischen Festansprache zu zitieren:

"Mit dem Großkernkraftwerk (!) Biblis A ist die Kernenergie in unserem Lande aus der Zeit der Erprobung, der tastenden Versuche herausgewachsen und zu einem kraftvoll expandierenden Energieträger geworden."

So weit das Zitat. Prof. Stumpf vom Institut für theoretische Physik in Tübingen spricht in die en Zusammenhang von einer Gigantomanie (zu deutsch: Größenwahn) der Industrienationen, die sich in der Konstruktion von Super-tankern, Überschallflugzeugen, Wolkenkratzern und Kernreaktoren ausdrücke. Und was die 'Erprobung' der Kernreaktoren anbelangt, so sagt der schwedische Physiker Prof. Hannes Alfvén, ein ehemaliger Freund der Kernenergie, in Bezug auf das Sicherheitsproblem:

"Wenn ein Problem zu schwierig ist, als daß es gelöst werden könnte, so kann man nicht behaupten, daß es gelöst sei, indem man auf alle Lösungsversuche hinweist."

Aber hören wir weiter Wirtschaftsminister Friedrichs in Biblis:

"Es ist daher keine Übertreibung zu sagen, daß Biblis in der jungen Geschichte der kerntechnischen Entwicklung in der Bundesrepublik eine historische Bedeutung erlangen wird."

"Sie wissen, daß eine Kernkraftwerksleistung von 45 000 bis 50 000 MW im Jahr ein ehrgeiziges Ziel ist."

"Aber wir sind einfach gezwungen, an diesem Ziel festzuhalten..."

Frage: Wer zwingt uns dazu? Etwa die von Prof. Stumpf zitierte Gigantomanie? Es ist sicher auch falsch, das Arbeitslosenproblem langfristig durch erhöhte Energieproduktion lösen zu wollen. Diese Rechnung geht nicht auf.

Maschinen haben bis jetzt immer noch den Sinn gehabt, Arbeitskräfte zu ersetzen. Und ein Atomreaktor ist eine Maschine, und was für eine.

Es klingt geradezu widersinnig, wenn Minister Friedrichs in demselben **Vortrag** feststellt:

"Die Wiederaufarbeitungsanlage für die bei uns künftig anfallenden abgebrannten Brennelemente muß erst noch gebaut werden, und zwar in der Bundesrepublik, denn langfristig ist kein anderes Land bereit, unsere radioaktiven Abfälle bei sich aufzunehmen. Auch die sichere Endlagerung der hochaktiven Abfälle, die für Jahrtausende gewährleistet sein muß, ist zwar technisch gelöst, aber in ihrer wirtschaftlichen Durchführbarkeit noch nicht restlos geklärt."

Meine Damen und Herren, wenn selbst ein Bundeswirtschaftsminister zugeben muß, daß die entscheidenden Probleme der Wiederaufbereitung und Endlagerung der radioaktiven Substanzen sei es technisch oder wirtschaftlich noch nicht gelöst sind, wie kann er dann dieses überschwengliche Loblied auf die Kernenergie guten Gewissens anstimmen?

Aber hören Sie weiter:

"Wir können unsere Kernkraftwerksprojekte keinem Plebiszit unterwerfen. Wir wollen sie aber andererseits auch nicht gegen den Willen weiterer Bevölkerungskreise durchsetzen. Der Bürger muß daher bei konkreten Kernkraftwerksprojekten rechtzeitig und umfassend unterrichtet werden mit dem Ziel, ihn sachlich von der Sicherheit und Notwendigkeit der Kernenergie zu überzeugen."

Das heißt doch: man ist nicht bereit, etwa ein Gespräch mit uns über die Vor- und Nachteile der Kernenergie zu führen, sondern man will uns nur überzeugen, wobei man nicht bereit ist, sich von unseren Argumenten überzeugen zu lassen.

Den Gipfel der Entmündigung des Bürgers scheinen mir aber die folgenden Sätze zu bilden:

"Grundsatzdebatten gehören nicht in das einzelne Genehmigungsverfahren. Das Ja zur Kernenergie ist durch die Verabschiedung des Atomgesetzes im Jahre 1959 (!) im Parlament gesprochen worden. Nur im Parlament kann die Grundsatzdebatte über Risiko und Nutzen der Kernenergie weiter und zu Ende geführt werden."

Das heißt doch mit anderen Worten: Wenn nach dem Jahr 1959 sich noch

irgendwelche schwerwiegenden Bedenken gegen die Kernenergie einstellen sollten, so geht das nur das Parlament etwas an, nicht aber den betroffenen Bürger, der zu schweigen und sich der Weisheit seiner gewählten Volksvertreter zu beugen hat.

Demgegenüber klingt es geradezu wohlwollend, wenn der Minister fortführt:

"Wir werden Sie in unsere Überlegungen einbeziehen und das Gespräch mit Ihnen hierüber fortsetzen."

Aber bitte täuschen Sie sich nicht! Der Minister meint mit "Sie" nicht etwa die Bevölkerung, sondern, wie aus dem Zusammenhang hervorgeht, die Elektrizitätsgesellschaften mit ihrer Studie zur Finanzierung von Kernkraftwerken.

Wen wandert es noch, wenn der Minister zu folgendem Schluß seiner Rede gelangt:

"Die vor uns liegenden Aufgaben können nur gemeinsam bewältigt werden. Gemeinsamkeit bedeutet dabei Zusammenwirken von Wirtschaft, Ländern und Bundesregierungen. In diese Gemeinsamkeit muß aber auch die Bevölkerung einbezogen werden, damit sie die energiepolitischen Entscheidungen mittragen kann in dem Bewußtsein, daß Kernenergie für sie keine Gefahr, sondern Nutzen und Wohlstand bedeutet."

Wie sehr der Minister geneigt ist, die Bevölkerung in die energiepolitischen Entscheidungen miteinzubeziehen, das haben wir aus dem Vorangegangenen nur zu deutlich gesehen. Darüber kann auch dieser verwaschene Schlußsatz nicht hinwegtäuschen.

Meine Damen und Herren, es bleibt noch die immer wieder erhobene Frage nach den Alternativen zur Kernenergie. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß die solare Energiegewinnung ebenso wie der nicht unproblematische Fusionsreaktor noch ganz am Anfang ihrer Erforschung sich befinden. Mit Recht wird auch auf die begrenzten Vorräte an fossilen Brennstoffen wie Kohle, Erdöl und Erdgas hingewiesen.

Immerhin würden unsere fossilen Brennstoffe, vor allem Kohle, so lange hinreichen, bis jene neuen Energiequellen genügend erforscht sind, wenn eine Alternative verwirklicht würde, von der in Regierungs- und Wirtschaftskreisen nur sehr ungern gesprochen wird. Und diese Alternative heißt - ich sage es mit dem Titel einer Schrift des Schweizerischen Bundes für Naturschutz - diese Alternative heißt: "Stopp der Energieverschwendung". Solange ein grundlegendes Sparprogramm von unseren Regierungen noch nicht einmal im Ansatz verwirklicht worden ist, wird

es diesen Regierungen schwer fallen, uns glauben zu machen, Kernenergie sei unumgänglich.

Der Satz "wir kommen an der Kernenergie nicht vorbei", ist ein unbewiesenes Dogma, das nur so lange richtig ist, als es geglaubt wird. An dieses Dogma glauben hieße aber, die wirtschaftlichen Zwänge für stärker halten als die menschliche Vernunft und Einsicht. Diese menschliche Vernunft, gepaart mit der Verantwortung für kommende Generationen, gebietet uns aber, die Kernenergie im Stand ihrer gegenwärtigen Entwicklung unser Nein entgegenzuhalten. Dieses Nein gilt zugleich jeder wildwuchernden Energieproduktion, vor allem der Energieverschwendung im bisherigen Ausmaß.

Wir können jetzt noch nicht voraussagen, ob unser Nein zu dieser Gigantomaniawelle unseres Staates Erfolg haben wird. Ob es den Starrsinn derer brechen wird, die sich das Heil der Nation von immer steigenden Produktionsziffern versprechen. Wir würden aber uns selbst und den Glauben an eine menschliche Zukunft aufgeben, wenn wir mit unserem Nein resignierten. Denn dieses Nein zur Atomenergie und zur maßlosen Industrialisierung ist zugleich ein Ja zum Leben und zur Natur, ohne die wir nicht leben können. In der Erhaltung und Befreiung der Natur als unserer Lebensgrundlage sehen wir den eigentlichen Fortschritt. Daß es dazu in begrenztem Maße auch der Technik bedarf, wissen wir. Wo aber die Technik, getrieben durch wirtschaftliche und nationale Machtansprüche, zur naturfeindlichen und lebenszerstörenden Super-technik ausartet, sehen wir keinen Fortschritt mehr, sondern allenfalls ein gedankenloses Fortschreiten in die ökologische Katastrophe.

Dies ist keine Weltuntergangsmalerei, wie sie Herr Ministerpräsident Filbinger liebt, sondern das Ergebnis zahlreicher ernst zu nehmender Studien, von denen die IIP-Studie über "Grenzen des Wachstums" nur die bekannteste ist. Meine Damen und Herren, wir sind in der Entwicklung unserer modernen Zivilisation an einem Wendepunkt angelangt. Diese Wende ist so einschneidend, daß man sie vielleicht nur mit der Erfindung des Rades, der Dampfmaschine oder des Benzinmotors vergleichen kann, jedoch mit einem großen qualitativen Unterschied: Während die besagten Erfindungen die Einleitung eines technischen Zeitalters markieren, sind wir nun auf der Schwelle zur nachtechnischen Zeit angelangt. In dieser nachtechnischen Zeit geht es nicht mehr um eine weitere EXPANSION dieser Technik mit all ihren Folgeerscheinungen, sondern um die BEWÄLTIGUNG dieser Technik und um ihre BESCHRÄNKUNG auf ein notwendiges Mindestmaß. Und da nun einmal zum Leben Wachstum gehört, so hat auf eine Zeit des "äußeren Wachstums" nun eine Periode des "inneren Wachstums" des Ausreifens und der ökologischen "Erholung" zu folgen.

Wer diese Wende als Rückschritt bezeichnet, der hat nicht begriffen, wo er steht und wo unsere Menschheit steht. Und wenn heute schon vom "Pioniergeist" gesprochen werden soll, dann nicht von dem Pioniergeist der Erbauer von Großkraftwerken, sondern von dem Pioniergeist derjenigen, die diese Zeichen der Zeit erkannt haben und ihr politisches Konzept danach ausrichten.

Auch Sie haben durch Ihren Widerstand gegen eines dieser gigantischen Wachstumsprojekte solchen Pioniergeist bewiesen. Daß es dabei nicht genügt, bei einem kategorischen Nein stehen zu bleiben, das wissen Sie so gut wie ich. Nur in Verbindung mit der Suche nach neuen Alternativen und einem umfassenden Bepflanzungsprogramm kann unser Protest **in** einer aufgeschlossenen Öffentlichkeit glaubwürdig und überzeugend erscheinen.

Und wenn es uns durch unseren Protest gelingt, die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Technik zum Nachsinnen nach besseren Alternativen zu bewegen, so ist unser Protest auch hier in Wyhl nicht vergeblich gewesen.

Lassen Sie mich schließen mit dem Dank an Sie alle, die Sie hierhergekommen sind und an der Gestaltung dieser Feiern teilgenommen haben.

Ich darf noch zu Ihrer Information hinzufügen :

Die von mir viel zitierte Festrede von Herrn Bundeswirtschaftsminister Friedrichs erhalten Sie auf Anfrage bei der Kernkraftwerk Süd GmbH., Karlsruhe 1, Postfach 3720.

Die Ausführungen von Prof. Stumpf zur Wirtschafts- und Energiepolitik erhalten Sie beim Institut für Theoretische Physik der Universität Tübingen.

Und das sehr ebenfalls lesenswerte Manifest "Stopp der Energieverschwendung" erhalten Sie beim Schweizerischen Bund für Naturschutz, Basel, Wartenbergstr. 22.

Literatur mit Ausblicken in die nach-moderne Zeit

Altner

Schöpfung als Abgrund

Neukirchnerverlag 1974 S 138.-

Der Autor ist Theologe und zugleich Biologe, der es ausgezeichnet versteht, die heutige Gesamtsituation zu deuten.

Schumacher

Es geht auch anders. Jenseits des Wachstums
Technik und Wirtschaft nach Menschenmaß

Desch-Verlag München 1974 S 184.-

Schumacher tritt für eine Umkehr ein, für ein Zurück zum Menschen und zu Gott. Er betont die Wichtigkeit der schöpferischen Arbeit, gibt dem Biologischen gegenüber dem Ökonomischen den Vorrang und zeichnet mit diesen Voraussetzungen das Bild einer nach-modernen Gesellschaft.

Illich

Die sogenannte Energiekrise oder: Die Lähmung der Gesellschaft
Das sozial kritische Quantum der Energie

ro ro ro aktuell Nr. 1763 S 30.-

Illich - Theologe und Philosoph - meint, ein zu hoher Energieverbrauch beschränke die persönliche und politische Freiheit. Wirtschaft und Industrie wären dann die einzigen Machtfaktoren. Die Beschränkung des Energieverbrauchs wird nicht nur gefordert, um die ökologische Krise abzuwenden, sondern der sozialen entgegenzuwirken.

Bruckmann/Swoboda

Auswege in die Zukunft

Molden-Verlag 1974 S 222.-

Es wird aus dem Buch des nüchternen Mathematikers, der von den Wahlhochrechnungen her sicherlich bekannt ist, zitiert. Die Auszüge sind auf den Seiten 22 bis 31 zu finden:

"Aller Voraussicht nach ist jedenfalls für die nächste Zukunft keine so hohe Zuwachsrates in der Energieproduktion zu erwarten wie bisher. Die Frage ist jedoch, ob das wirklich eine so große Katastrophe ist, wie offenbar allgemein angenommen wird.

Es ist geradezu erschreckend, wie die These von der alles überragenden Bedeutung der Energieerzeugung selbst jene Wissenschaftler, Autoren und Politiker in ihren Bann zieht, die sonst durchaus wachstumsskeptisch und gesellschafts-reformatorisch, ja revolutionär sind.

Gerade im Lichte der neuesten Entwicklung erhebt sich aber nicht nur die Frage nach den Grenzen des Energie-Wachstums, sondern auch nach der Unentbehrlichkeit einer ständigen Energieproduktionssteigerung. Vermutlich wäre es klüger, auch auf dem Energiesektor eine neue Spar-Technologie nach Kräften zu fördern und nicht in hysterischer Panik neue Kraftwerke und Energiequellen aller Art aus dem Boden stampfen zu wollen.

Im Augenblick erscheint eine sinnvolle Nutzung der verfügbaren Energie wichtiger als ein forcierter Ausbau ohne Rücksicht auf Kosten und Gefahren.

Und wenn die Technokraten tröstend versichern, die Kernkraftwerke seien ohnedies nur als "Übergangslösung" für die nächsten 20 bis 30 Jahre gedacht, dann muß man sich vollends bestürzt fragen, ob hier nicht ein unverantwortliches Spiel mit der Sicherheit der Welt getrieben wird. Der Preis für zwei Jahrzehnte weiter forciertes Produktions- und Konsumwachstum wäre eine mit radioaktiven Abfall-Lagern überzogene, auf Jahrtausende hinaus verseuchte Erde.

Dabei muß man sich allerdings vor jener allzu beliebten demagogischen Bosheit hüten, daß Sparmaßnahmen vor allem den kleinen Normalverbraucher treffen müssen.

Bevor man dem Kleinkonsumenten mit Einschränkungen droht, kann wohl der Hebel mit wesentlich mehr Aussicht auf Erfolg bei den Großverbrauchern angesetzt werden."

+ + + + +

Der Atombefürworter Dr. Alvin Weinberg, Direktor des Oak Ridge National Laboratory, schrieb 1972 in der Zeitschrift "Science":

"Wenn der Mensch sich erst einmal für die Kernenergie entschieden hat, hat er sich zu einer grundsätzlichen Unterhaltung des nuklearen Apparates, wie Kernkraftwerke, Wiederaufbereitungsanlagen usw. auf alle Ewigkeit verpflichtet.

Wir Atomleute haben mit der Gesellschaft einen Faustpakt geschlossen. Mit der einen Hand bieten wir unerschöpfliche Quellen an Energie . . . , aber der Preis, den wir von der Gesellschaft für diese magische Energiequelle fordern, ist eine nie endende Wachsamkeit und eine Langlebigkeit unserer sozialen Institutionen in einem Ausmaß, das wir überhaupt nicht gewohnt sind".

Wolfgang Schmidbauer, Psychologe und Umweltwissenschaftler:

"Wenn man uns einreden will, der Bau von mehr und mehr Atomkraftwerken sei unerläßlich, weil sich der Energiebedarf in 10 Jahren verdoppeln wird, dann ist das kein Argument für Atomkraftwerke mehr, sondern nur noch eines gegen die Verdoppelung des Energiekonsums!"

Dennis Meadows, Verfasser des 1. Berichtes des Club of Rome "Die Grenzen des Wachstums":

"Es gibt Atomgegner und solche, die noch nie darüber nachgedacht haben!"

Die unten stehende Seite wurde dem Buch
"Die Wissenschaft und die gefährdete Welt"
entnommen. Autor Friedrich Wagner.

Mischheit entstanden sind, auf ein Mindestmaß herabzudrücken" (272, 253 ff).
Mann, der die Strahlenschäden beklagt, versucht hier, den *Fortschritt der Strahlentechnik* etwa in der Medizin und der Landwirtschaft gegen die *Strahlengefahren* in einer Bilanz aufzurechnen, die er (sofern ein Atomkrieg ausbleibe) positiv deutet, ohne zu sehen, daß hier auch die „positiven“ Faktoren in sich schon das Negative der Schäden und der Gefahren enthalten – daß eben die Strahlentechnik, die etwa zur Krebsbekämpfung eingesetzt wird, selbst krebszeugende Wirkungen hat (MAS 126, 150). Selbst die eingeräumt „schädliche“ Wirkung der Kernstrahlung aber fand ihre zynische Rechtfertigung durch die „Medizinische Sicht“ solcher Strahlenschäden in einem Hauptreferat der ersten Internationalen Konferenz über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Genf. In ihm begrüßt E. R. Carling die Selektionswirkung der zu erwartenden Steigerungen der menschlichen Strahlenbelastung als Ausgleich für den Bevölkerungszuwachs, während er von ihrer Mutationswirkung Intelligenzbestien als Gegengewicht für die atomare Entartung erhofft: „Überdies ist es begreiflich, daß in einer Welt, die in eine Zukunft blickt, in der ihr Bevölkerungszuwachs ihre Ernährungsgrundlage sprengt, die verminderte Fruchtbarkeit und die Verkürzung der Lebensdauer nicht allzusehr beklagt werden wird. Insofern ein Sinken des allgemeinen Intelligenzniveaus eintritt, ist diese Erwartung bedrückend, doch steht zu hoffen, daß es auch dann noch Neuzüchtungen von äußerst hoher Intelligenz geben wird, die genügen, das Massenniveau zu durchdringen. Dem Nichtgenetiker mag es erscheinen, daß für das künftige Wohl der Gesamtmenschheit eine Mutation, die einen Aristoteles, Leonardo, Newton, Gauß, Pasteur oder Einstein hervorbringt, 99 Mutationen vollständig auswiegen könnte, die zu Schwachsinnigen führen“ (127, 70-79). Diese Lösung – der biologische Über-Mensch über Idioten und Krüppeln – erscheint freilich nicht allein den Genetikern, die ein Gewissen im Wissen bewahrten, als schlimmstes Ende der strahlengefährdeten Welt.

Der Begründer der Strahlengenetik selbst, H. J. Muller, hat (1955) dieses soziale Strukturproblem der genetischen Auswirkung menschlicher Strahlenbelastungen auch für die fernere Zukunft erkannt und dabei zumal die Gefahren chronischer Strahlendosen geringer Höhe vorausgesehen, wie sie die friedliche Nutzung der Kernenergie mit sich bringt – die hohen Strahlendosen eines Atomkrieges sind dem Genetiker unproblematisch, da sie zur schnellen „Eliminierung“ der Neumutationen durch den „genetischen Tod“ der Strahlenbelasteten führen (498, 131). Muller hat damals anderwärts dargelegt, daß schon die chronische Strahlenbelastung „Beschäftigter“ in der Höhe „zulässiger Höchstdosen“ die Durchschnittsbestrahlung der Überlebenden von Hiroshima erreicht, ja daß schon eine „Verdoppelungsdosis“, auf eine Reihe von Genera-

Bei einer richtigen Beurteilung der
Strahlengefahren und Strahlenschäden
dürften obige Überlegungen offen-
sichtlich am Platze sein.

Wer kann diese Entwicklung verantworten?

Nach immer gibt es keine Reaktion auf die Aussage der Ärztekammer, daß das geplante Kernkraftwerk in der Nähe von Enns Schäden für die Gesundheit der 300.000 Einwohner des Großraumes Linz bringen wird. 14 Ärzte des Vorstandes der Kammer hatten festgestellt, daß es keine unschädliche Dosis von Radioaktivität gibt (Seite 2).

Fortsetzung von Seite 1

Krebserkrankungen und Leukämie werden durch ionisierende Strahlungen zahlreicher Erbschäden über viele Generationen wahrscheinlich.

Während so die Warnungen der Wissenschaftler auf die leichte Schulter genommen werden, mehrten sich die Anzeichen, daß das Atomkraftwerk St. Pantaleon von der Wirtschaft tatsächlich bereits durchgedrückt ist. Alle angekündigten Untersuchungen und weiteren Gutachten scheinen Augenauswischerei. Am Dienstag, 27. Mai, wird in St. Pantaleon beispielsweise eine große Ausstellung eröffnet, die zeigen soll, daß Kernkraftwerke ganz ungefährlich sind.

Und ganz öffentlich bekannte vor wenigen Tagen die „Kernkraftwerk Planungs GesmbH“, daß bis zum Jahr 2000 in Österreich insgesamt sieben Atomkraftwerke in Betrieb sein werden. Um jeden Energieengpaß zu vermeiden, will man in Zwettendorf und Stein-St. Pantaleon nach der ersten Aus-

Engagiertes Kanzelwort in Meiningen

In seiner Predigt in der Pfarrkirche Meiningen stellte Pfarrer Schnell einen direkten Zusammenhang zwischen der Prozession am Himmelfahrtstag und dem Anti-Rüthi-Wandertag her: Während anläßlich der Himmelfahrtsprozession früher um den Segen Gottes gegen Pest, Hunger und Krieg gebetet wurde, geht es heute darum, Gottes Beistand zu erflehen, er möge die katastrophalen Auswirkungen moderner Technik wie zum Beispiel bei Atom-

kraftwerken hintanhaltend. In seinem Kanzelwort bezeichnete der Priester das Denken der Industrielobby, für die der Zweck die Mittel heiligt, als verwerflich. „Wir reden unseren Nachbarn nicht drein, was sie bauen, sondern wo sie bauen“, meinte Pfarrer Schnell, und bezeichnete das Vorhaben, ein Atomkraftwerk in Rüthi zu bauen, als „ein Teufelsei, das uns vor die Haustüre gelegt wird“. Der Priester erinnerte auch an das hohe Maß an Verantwortung, das wir alle für die kommende Generation tragen.

In manchem mag dieses Kanzelwort auf der Wanderung im Rheinvorland nachgeklungen haben. Lobenswert das Engagement des „Weltbundes zum Schutze des Lebens“, dessen Mitglieder als Organisatoren ganze Arbeit geleistet haben, um mit Transparenten und Schildern auf die Gefahr des AKW Rüthi hinzuweisen, um den Wandertagteilnehmern durch vorbildliche Beschilderung den Weg leichter zu machen, um durch Schriften, die großes Interesse fanden, weitere Aufklärung zu bieten und durch Plaketten und Urkunden einen zusätzlichen Anreiz zum Mitwandern zu geben.

baustufe weitere Reaktorengruppen errichten. Außerdem sollen Kernkraftwerke im Drautal und am Inn entstehen.

Das heißt, die Wirtschaft hat bereits den Sieg über die Bedenken der Ärzteschaft errungen. Während weltweit eine Neueinschätzung des Atomstroms einsetzt, ist man in Österreich wieder einmal Jahre zurück: Bevölkerungsproteste und Baustopps in aller Welt, Sieg des Geldes über die Gesundheit in St. Pantaleon.

Kirchen bitten um Bauunterbrechung

Schweinfurt (dpa/lb). Das katholische Stadtdekanat und das evangelisch-lutherische Dekanat in Schweinfurt haben am Freitag alle politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen gebeten, „die Unterbrechung des Weiterbaues in Grafenrheinfeld umgehend ins Auge zu fassen“. Damit haben die Kirchen erstmals in die Auseinandersetzung um das geplante Kernkraftwerk Grafenrheinfeld bei Schweinfurt eingegriffen. In der Erklärung wird betont, daß man für die Unruhe in der Bevölkerung Verständnis habe. Beide Kirchen bewege die Sorge, daß durch den Weiterbau unwiderrufliche Fakten geschaffen würden, ohne daß die gravierendsten Fragen des Lebens- und Umweltschutzes schlüssig beantwortet seien. Die Beweislast liege dafür bei den Förderern des Baues. Die Gegner der Kernkraftwerke müßten darüber Rechenschaft geben, wie das Energiedefizit der kommenden Jahre ausgeglichen werden könne. „Die christliche Kirche und alle Christen werden den Mut haben müssen, dem Lebens- und Umweltschutz auch um den Preis von Verzicht den unbedingten Vorrang vor wirtschaftlichem Wachstum und industriellem Fortschritt zu geben.“

Oben links:

Linzer Rundschau v. 22.5.75

Oben rechts:

Bayern v. 5.4.75

Unten links:

Vorarlberger Nachrichten v. 9.5.75

Unten rechts:

Münchner Gemeindeblatt für die

Evang.Luth. Kirche v. 16.3.75

Die Argumentationshilfe finden

Sie in vollem Wortlaut auf

den nächsten Seiten.

Gefahr von Kernkraftwerken

„Argumentationshilfe für Kirchenführer“

Gegen die „diffamierende Abwertung der Gegner von Kernkraftwerken sowie Tendenzen zu ihrer Kriminalisierung“ hat sich der wissenschaftliche Beirat des Beauftragten des Rates der EKD für Umweltfragen gewandt. Die „begründeten Bedenken gegen das Kernkraftwerk Wyl“ müßten in der Diskussion gehalten werden, da sie über den Anlaß hinausgehende Bedeutung hätten, heißt es in einer „Argumentationshilfe“, die der Ratsbeauftragte, Pfarrer Kurt Oeser, jetzt den Bischöfen und Kirchenpräsidenten der betroffenen Gebiete übersandte. Der Beirat setzt sich dafür ein, daß alle an der Auseinandersetzung im Oberrheingebiet Beteiligten Gewaltanwendung vermeiden sollen. Den staatlichen Exekutivorganen müßten die psychologische Situation und die moralische Position der Bevölkerung

verständlich gemacht werden. Auf diese Weise sollte „insbesondere die Polizei die Grenzen und Konsequenzen ihres bisher gebräuchlichen Vorgehens erkennen.“

Zu den Gefahren von Kernkraftwerken gehört nach den Feststellungen des Beirates u.a., daß gegen solche Anlagen „gefährliche terroristische Anschläge“ verübt werden könnten, daß das Risiko eines großen Reaktorunfalls unkalkulierbar sei, daß der in großen Mengen anfallende radioaktive Müll über viele Jahrhunderte hinweg sicher gelagert und bewacht werden müsse und daß die klimatologischen und hydrologischen Folgen von Kernkraftwerken unter Experten noch so umstritten seien, daß „die bislang geäußerten Befürchtungen (Klimaänderung, Aufheizung der Flüsse) nicht widerlegt werden können“.

Wissenschaftlicher Beirat für den Ratsbeauftragten der EKD
für Umweltfragen

Argumentationshilfe zu den Auseinandersetzungen um neue Energiegewinnungsanlagen im Oberrheingebiet.

I) Die Situation im Oberrheintal nach der
Abstimmung in Wyhl am 12. 1. 1975

Christliche Gemeinden und christliche Kirchen sind von der Situation, wie sie sich jetzt am Oberrhein darstellt, betroffen und müssen dabei in Treue zu ihrem Auftrag unvermeidlich zwischen die Fronten geraten. Christen werden mit denen solidarisch, die sich in ihrer verständlichen Erregung dem Andrang politischer und wirtschaftlicher Interessen hilflos ausgesetzt fühlen und möglicherweise unüberlegt reagieren. Das heißt nicht, daß jede Reaktion der Bevölkerung gebilligt und jede Aktion der Bürgerinitiativen gutgeheißen werden mußte. Auf der anderen Seite werden sich die christlichen Gemeinden mit den Interessen der Betreiber von neuen Energiegewinnungsanlagen und den Maßnahmen und Zielvorstellungen der Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung auseinanderzusetzen haben.

Die kirchenleitenden Gremien sollten in der derzeitigen Situation im Oberrheingebiet folgendes zur Geltung bringen:

1. Die begründeten Bedenken gegen das Kernkraftwerk Wyhl müssen in der Diskussion gehalten werden. Sie haben eine über den konkreten Anlaß hinausragende Bedeutung.
2. Die für Kraftwerksanlagen notwendigen Planungsprozesse erfordern neue Kommunikationsformen unter Einbeziehung aller Beteiligten. Die Abwägung der für die Entscheidungsfindung notwendigen Sachgesichtspunkte und Wertorientierungen muß öffentlich stattfinden. Das erfordert einen neuen Stil möglichst sorgfältiger und langfristiger Interessenbewertung.
3. Alle an der Auseinandersetzung im Oberrheingebiet Beteiligten sollten Gewaltanwendung unbedingt vermeiden. Es muß zudem deutlich unterschieden werden zwischen legitimen Widerstand und gewaltsamen Widerstand; letzterer kann von den christlichen Gemeinden nicht mitverantwortet werden.
4. Der diffamierenden Abwertung der Gegner von Kernkraftwerken sowie Tendenzen zu ihrer Kriminalisierung muß schärfstens widersprochen werden.
5. Den staatlichen Exekutivorganen müssen die psychologische Situation und die moralische Position der Bevölkerung verständlich gemacht werden. Auf diese Weise sollte insbesondere die Polizei die Grenzen und Konsequenzen ihres bisher gebräuchlichen Vorgehens erkennen.

Die Notwendigkeit, kirchlicherseits zu den Umweltproblemen im Oberrheingebiet Stellung zu nehmen, ergibt sich unmittelbar aus der Betroffenheit.

der dortigen Bevölkerung und ihres Lebensraumes. Die mit der Durchsetzung der Kernkraftwerksplanung in Wyhl und anderweitiger Vorhaben verbundenen Risiken und Unwägbarkeiten sind so erheblich, daß Solidarität mit dem bedrohten Leben zur Pflicht wird. Schon in den Erklärungen von Landesbischof Dr. Heidland und Erzbischof Schöpfle vom 2. und 3. Juli 1974 heißt es: "... die Kirche kann das Gewissen der Beteiligten darin gestärken, daß die Pläne in der Verantwortung vor dem Herrn der Schöpfung und der Geschichte entwickelt und verwirklicht werden." (Heidland) "Wir als Christen haben eines vor allem zu beherzigen: Die göttliche Weisung, uns die Erde untertan zu machen, kann nicht besagen wollen, daß wir die Welt uns vergewaltigen und auf diesem Wege durch die Gebilde unserer eigenen Hände der Knechtschaft anheimfallen." (Schöpfle)

Wie die Ereignisse vor und nach der Abstimmung in Wyhl zeigen, ist Gewalt in vielerlei Weise bei diesen Vorgängen mit im Spiel. Die wachstumsorientierten Perspektiven der Betreiber, die technokratischen Argumente der politisch Verantwortlichen, das Vorgehen der zuständigen Polizeiorgane gegen eine verständlicherweise erregte Bevölkerung lassen jenes Übermaß an Verfügungsgewalt erkennen, vor dem die beiden Bischöfe mit Recht warnen.

Angesichts schon vorhandener Umweltschäden und erkennbarer Zerstörungstendenzen muß durch den verantwortungsbewußten und geduldischen Widerstand der Christen deutlich werden, daß die Schöpfung dem Menschen zu treuen Händen übergeben ist, als Unterpfand für die Wohlfahrt kommender Generationen, in solcher Einstellung lebt der Christ in der Gewisheit, daß durch die Respektierung der eigenen Grenzen, auch der Produktions- und Konsumgrenzen, Lebensgarantien für die Existenz der Mitkreatur erwachsen. Wir müssen es heute lernen, die durch das Kreuz gegebenen Lebensgarantien auch im Hinblick auf das nichtmenschliche Leben zu praktizieren. Es sollte niemanden mit Verantwortung in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft geben, dem der Hinweis auf diese Zusammenhänge erspart bleibt.

II) Risiken der Kernkraftwerke

Die mit der Entscheidung für die Kernkraftwerke gegebenen Risiken und Festlegungen sind in der Öffentlichkeit immer wieder diskutiert worden. Dabei ist die gegensätzliche Beurteilung der Situation durch die Experten der verschiedenen Interessengruppen auffällig. Abweichende Meinungen und gegensätzliche Standpunkte verpflichten aber zu einer längerfristig angelegten sorgfältigen Prüfung. Man mußte zu diesem Zweck den zwischen den konträren Standpunkten sich ergebenden Spielraum als Entscheidungsspielraum nutzen. Hier können nur Bewertungen kritisch gegeneinander abgewogen werden, hier gibt es kein objektiv-abschließendes Urteil. Die politische Entscheidung muß mit guten Gründen, die die Abwägung erkennen lassen, vertreten werden.

In eben diesem Sinne ist die Aufschiebung von Kraftwerksvorhaben am Oberrhein und anernorts mehr als dringend. Die Entscheidung für einen solchen Schritt bietet Gelegenheit, die Alternativen in der Energiegewinnung ernsthafter durchzuspielen, als es bislang geschah. Wir stehen noch ganz am Anfang einer breitgefächerten Energieforschung und laufen Gefahr, uns einseitig auf Kernenergie festzulegen, was über die Risikofaktoren hinaus verhängnisvolle finanzielle Konsequenzen haben könnte. Auch muß die Energiebedarfsplanung für die Zukunft kritisch überprüft werden. Die Zuwachsraten von gestern sind ganz bestimmt nicht die Zuwachsraten von morgen.

Es ist darauf hinzuweisen:

- Die Inbetriebnahme einer zunehmenden Anzahl von Atomkraftwerken könnte zahlreiche Anlässe für gefährliche terroristische Anschläge geben.
- Die Sicherheits- und Risikofragen sind noch keineswegs vollständig gelöst. Ein spezielles Problem stellt das unkalkulierbare Risiko eines großen Reaktorunfalles dar.
- Insbesondere gibt es bei dem Betrieb von Wiederaufbereitungsanlagen spezifische Risiken.
- Der in großen Mengen anfallende radioaktive Müll muß über viele Jahrhunderte hinweg sicher gelagert und bewacht werden. Dabei treten nicht unerhebliche Transportrisiken und -gefährdungen auf.
- Die zunehmende Anzahl ausgebrannter Reaktoren wird in Zukunft weitere schwierige Probleme mit sich bringen.
- Die klimatologischen und hydrologischen Folgen von Kernkraftwerken sind in der Beurteilung der Experten nach wie vor so kontrovers, daß die bislang geäußerten Befürchtungen (Klimaänderung, Aufheizung der Flüsse) nicht als widerlegt gelten können.
- Ähnliche Unklarheiten gibt es bei der Einschätzung der biologischen und medizinischen Folgen von Strahlenschäden.
- Kaum Beachtung finden bislang die radioökologischen Aspekte, speziell das Risiko der Anreicherung radioaktiver Substanzen in Nahrungsketten und Ökosystemen.
- Kernkraftwerksplanungen stehen im Zusammenhang von offenen oder verkappten industriellgewerblichen Entwicklungsabsichten, die im Fall ihrer Verwirklichung die vorhandene natürliche und geschaffene Infrastruktur einer Region wie der des Oberrheins erheblich verändern. Angesichts dieses Katalogs von Unklarheiten und Gefahren kann eine Beschwichtigungspolitik der verantwortlichen Landespolitiker nicht gutgeheißen werden. Auf diese Weise wird der Bewertungs- und Prüfungsspielraum, der durch die auseinanderweichenden Meinungen der Experten gegeben ist, zugunsten einseitiger und vorschneller Entscheidungen und Maßnahmen vertan und zerstört.

III) Öffentlichkeit und Partizipation im Entscheidungsverfahren

Das Oberrheingebiet ist in den letzten Jahren ein bevorzugter Planungsraum für industrielle Ansiedlungen und vor allem für die Ansiedlung von Unternehmen der Energiewirtschaft geworden. In dem Maße, in dem die Planungsabsichten bekannt wurden und verwirklicht werden, breitete sich Unbehagen, Unwille und Protest aus. Es blieb nicht bei dem Protest einzelner oder kleiner Gruppen. Schon früh haben sich vielerorts und grenzüberschrei-

tend Bürgerinitiativen gebildet und zu regionalen Gruppierungen zusammengeschlossen. In manchen Fällen steht der weitaus überwiegende Teil der ortsansässigen Bevölkerung hinter den Bürgerinitiativen.

Besonders die Vorgänge um die Ansiedlung eines umweltgefährdenden Betriebes in Marckolsheim im Elsaß und um den Bau des Kernkraftwerkes Wyhl haben nicht nur in dem unmittelbaren Bereich der geplanten Projekte hohe Wellen der Erregung geschlagen, sondern sind zu regionalen Problemen geworden und haben überregionales und teilweise internationales Interesse gefunden.

Das Ergebnis und die Begleitumstände des Volksentscheides in der Gemeinde Wyhl lassen eine Reihe alarmierender und erschreckender Züge erkennen. Zu dem Abstimmungsergebnis schrieb DIE ZEIT Nr. 5 vom 24. 1. 1975 auf Seite 7: "In Wahrheit haben die Wyhler nicht den Energiebedarf gegen den Umweltschutz abgewogen, sondern den Eigennutz ihrer Gemeinde vor die Gefahren für eine ganze Region gestellt." Unterdessen ist die Situation so weit eskaliert, daß manche Bürger Verdächtigungen und repressive Maßnahmen zu erleiden haben.

Der Widerstand vieler von den Planungen in Oberrheintal unmittelbar betroffener Bürger gegen den Bau von Kernkraftwerken ist denn auch nicht nur auf ökologische Bedenken und die Furcht vor dem Risikoder Kernkraft begründet. Die Bürger sind teilweise voller Mißtrauen gegen ein Entscheidungsverfahren, in dem möglicherweise nicht mehr sauber getrennt wird zwischen wirtschaftlichen Interessen und politischer Zuständigkeit. Die Ämter des Ministerpräsidenten als Spitze der für die nukleare Sicherheit verantwortlichen staatlichen Verwaltung und zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates eines Unternehmens, das auf die wirtschaftliche Verwaltung der Kernenergie ausgerichtet ist, mögen formaljuristisch miteinander vereinbar sein; durch eine solche Ämterverbindung muß jedoch in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, daß die staatlichen Entscheidungen über nukleare Sicherheitsfragen nicht mehr mit der erforderlichen Objektivität erfolgen. Selbst wenn die Entscheidungsprozesse in Wirklichkeit nicht so einlinig verlaufen, entsteht doch für den Betroffenen der Eindruck, daß an dieser Entscheidungsstruktur seine Einwände scheitern müssen und ihm durch diese Struktur Gewalt angetan wird. Die im Oberrheintal anwachsende Gefahr gewaltsamen Widerstandes muß auch von diesem Zusammenhang her beurteilt werden. Es gilt daher, die in einer modernen Industriegesellschaft gegebene Verflechtung von Politik und Wirtschaft auf ein Maß und eine Gestaltung hinzuführen, die die öffentlichen Belange wahren und gleichzeitig nachweisbar die Wirksamkeit demokratischer Kontrolle sichern.

In Konfliktgebieten wie dem Oberrheintal zweifeln mehr und mehr Bürger an der Funktionsfähigkeit demokratischer Kontrollen und fühlen sich ohnmächtig einem Geschehen ausgeliefert, das sie nicht mehr durchschauen können, weil es sich in entscheidenden Punkten außerhalb der Öffentlichkeit vollzieht. Manche Zusammenhänge - etwa zwischen einer lokalen Industrieansiedlung und der Strukturpolitik der EG - sind zwar für den Einzelnen schwer durchschaubar, aber die Öffentlichkeit und damit teilweise auch die Transparenz politischer Entscheidungen kann und muß verbessert werden. Praktische Vorschläge zur Verbesserung des politischen Entscheidungsverfahrens gibt es genug.

Die Situation, insbesondere die politische Atmosphäre im Oberrheintal zeigt: solche Vorschläge müssen vor allem darauf abzielen, die von einer Planung unmittelbar Betroffenen an dem Entscheidungsprozeß mitzubeteiligen. Vermehrte Partizipation durch Planungsgruppen, Verwaltungsbeiräte, Bürgerbeauftragte, Bürgerinitiativen oder in welchen Formen auch immer, muß da ansetzen, wo verkrustete Entscheidungsstrukturen die demokratische Mitverantwortung des Bürgers und damit gleichzeitig die Befriedigung vitaler Bedürfnisse beeinträchtigen.

Die Partizipation der Betroffenen führt freilich nur dann zu einer Neuorientierung, wenn ein Problemfeld wie das am Oberrhein von allen Beteiligten als eine Anfrage an die geltenden gesellschaftlichen, insbesondere wirtschaftlichen Wert- und Zielvorstellungen begriffen wird. Solange immer nur rein quantitativ nach den Wachstumsraten der Wirtschaft und speziell des Energieangebots gefragt wird und "Lebensstandard" der alleinige Maßstab gesellschaftlichen Fortschritts bleibt, werden die Probleme nur in ihren Symptomen behandelt, aber nicht in ihren Ursachen gelöst. Die menschliche Existenz muß neu in den Bezugsrahmen von individuellen, sozialen und natürlichen Lebensbedingungen gestellt und ihr Zeithorizont sichtbar gemacht werden, der gegenwärtiges Leben mit Vergangenheit und Zukunft verbindet.

IV) Emotionalität, Wissenschaftlichkeit, Ängste der Betroffenen

In der Diskussion werden meistens die psychologischen Beweggründe der an der Auseinandersetzung Beteiligten außer acht gelassen, obwohl erst von daher das Verhalten der Kontrahenten verständlich wird. Es ist Aufgabe der Kirche, die darin liegende moralische Problematik deutlich zu machen. Im folgenden ist von "Betreffern" und "Betroffenen" die Rede, das soll heißen: bestimmte Einzelne oder Gruppen wirken auf bestimmte andere Einzelne oder Gruppen ein. In "betreff" der bestehenden und geplanten Kernkraftwerke und der Gefährdung unserer Lebenswelt überhaupt bestehen auf der Seite der Betroffenen (Bürger, Bürgerinitiativen) Besorgnisse und Ängste. Sie werden von der Gegenseite, den Betreffern (so dürfen ein-

mal pauschalierend "die" Wirtschaftler, "die" Politiker, "die" Wissenschaftler bezeichnet werden), "emotional" genannt und damit als "unsachlich" abqualifiziert. Indem die Betroffenen den Betreffern nur mit wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Gegenargumenten entgegentreten, identifizieren sie sich, ohne es zu bemerken, weitgehend mit ihren Betreffern. Dazu kann es nur kommen, weil sie einer eigenen Identität nicht sicher sind oder weil es den Betreffern gelingt, das Identitätsbewußtsein und Identitätsgefühl der Betroffenen nicht aufkommen zu lassen. So nehmen die Betroffenen wieder ohne es zu bemerken, den Betreffern mehr und mehr deren Beweislast ab, statt unter allen Umständen gerade daran festzuhalten, daß die Betreffer auf den stichhaltigen Nachweis der Gefahrlosigkeit ihrer Projekte beweispflichtig festgelegt werden müssen.

Auf der Seite der Betroffenen herrscht (angeblich) Emotionalität. Auf der Seite der Betreffer (angeblich) Sachlichkeit. Die Betroffenen haben nicht in erster Linie Argumente der sogenannten "Sachlichkeit" (d.h. der Fachkundigkeit) nötig, sondern moralische Argumente. Wenn sie nur gebannt auf die "Sachlichkeit" und "Wissenschaftlichkeit" der Gegenseite starren und sie sich auf diese Weise unbewußt der (neurotischen) Identifikation mit der Gegenseite unterziehen, gelingt es ihnen nicht, eine eigene Identität zu entwickeln, ihr Selbstwertgefühl in ihrer moralischen Position beruhen zu lassen und die moralischen Argumente wirklich ins Feld zu führen.

Das moralische Argument fußt nicht auf Meßdaten, Kalkulationen und Pragmatismen, sondern auf Wertungen des Lebens und der Welt. Es steht in engem Zusammenhang mit Besorgnissen und Hoffnungen, Wünschen und Ängsten, also mit "Emotionen".

Wenn die Bürger ihren moralischen Anspruch gegenüber den von ihnen gewählten Mandats- und Amtsträgern geltend machen, behaften sie diese bei ihrer moralischen Verpflichtung.

Zwar geben die Betreffer zu, daß außerhalb ihres Horizontes von Sachlichkeit, etwa auch des "größtmöglichen Unfalles", einiges "Mögliche" liegen könnte. An diesem kritischen Punkt ihrer Reflektion beginnen sie selbst, unsachlich, d.h. emotional zu werden. Die Unsachlichkeit der Betreffer beruht darin, daß sie zwar ihre Sache betreiben, aber ihr nicht auf den Grund gehen. Es geht hier um den Unterschied von Sache und Ur-Sache!

Jeder Versuch von Klärung, der die psychoanalytische Aufklärung unbewußter Ängste unterläßt, fördert die Selbsttäuschung, d.h. eine erneute neurotische Verdrängung der selben Ängste. Gegen solche Aufklärung festgehaltene Wissenschaftlichkeit kann zur "Konfession" werden und zum Anspruch auf die Alleinvertretung von Macht, von Wissen als Macht. Für einen solchen "Bekenner" wird dieser Zusammenhang unbewußt oder bewußt zum Mißbrauch der Macht, zur Selbsttäuschung und zur Täuschung anderer. Die Entstehung einer solchen psychischen Haltung ist neurotisch gefärbt,

ihr in Wirtschaft, Technik und Politik praktischer Effekt kann unmoralisch werden.

"Rein - sachlich" - das kann es nicht, nie und nirgends, geben, auch "reine Wissenschaftlichkeit" gibt es nicht, weil Wissenschaft von Personen gemacht wird. Der Spruch "Sachlichkeit ist die Schwäche jener, die nicht fähig sind, persönlich zu sein", gilt auch für die Schwäche derer, die alles von den Wissenschaften erhoffen. Sie fürchten das Risiko der einzig-möglichen, nämlich der personalen Existenz, und weichen auf eine Resignationsstufe aus, auf der sie sich gesichert wähnen. In allem, auch in solcher politischen Entscheidung und jeder wissenschaftlichen Aussage bleibt unweigerlich ein Rest von Unsachlichkeit, also auch ein Rest Ungesicherheit, Ungewißheit, Risiko, Furcht, ein Rest Angst.

Der als Unmoral zu qualifizierende Effekt läßt folgendes erkennen:

1. Manche Interessen sind unmoralisch, nicht nur bei der Dreiergruppe der Betreffter, sondern auch bei den Betroffenen (selbstsüchtig, gemeinschaftsfeindlich, zukunftsgefährdend).
2. Der psychische Verdrängungsprozeß beeinträchtigt die emotionale Fähigkeit zur Wahrnehmung jenes Restes, welcher eben eine Sache des Vertrauens und Glaubens, der Hoffnung oder aber der Furcht ist. Die neurotischen Abwehrmechanismen gegen die angstmachenden Ungewißeiten werden wirksam.
3. Spezieller und weltverbreiteter Ausdruck solcher neurotischen Abwehrmechanismen sind
 - a) der in den Dienst der neurotischen Verdrängung gestellte Einsatz der Macht, die politische Willkür, die zur Gewalt wird, wenn sie als verantwortliche Macht nicht überzeugen kann;
 - b) die in den Dienst der neurotischen Verdrängung gestellte "sachliche" Aussage, die geistige Anmaßung, die andere bedrängt, weil sie moralisch nicht überzeugen kann.

Fazit: Der Streit, der sich hier abspielt, herrscht nicht zwischen Emotionalität auf der einen und Sachlichkeit auf der anderen Seite, sondern zwischen Emotionalität hier und Emotionalität dort. Es treffen aufeinander genuine Emotionalität der unaufgeklärten Laien und die verdrängte Emotionalität der "Fachleute", die sich aus neurotisch verdrängter Angst stets einreden (müssen), sie selber seien die Aufgeklärten, die Sachlichen, die Wissenschaftlichen. Deshalb bedürfen gerade sie der Aufklärung darüber, ob und wie weit sich diese angebliche Sachlichkeit als höchst emotional - und zwar als neurotisch emotional mit amoralischem Effekt erweist.

Die Betreffter sollten ferner begreifen, daß Gewalt zuerst und vor jeder Radikalisierung der Betroffenen auf seiten der Inhaber des Wissens, der Macht und des Geldes herrscht, wenn das zur Verantwortung verpflichtende Kapital, politische Mandat und technische Wissen mißbraucht werden.

V) Festlegung der Investitionen, energiepolitische Probleme und Alternativen

Für die Bundesrepublik dürfte zutreffen, was die Ford-Foundation für die USA festgestellt hat; "... solange die Nation auf der bisherigen hohen Wachstumsrate des Energieverbrauches beharrt, ist die Kernenergie notwendig, den 'Bedarf' zu decken. Nur bei einem anhaltenden und ernstem Engagement für eine substantielle Energieeinsparung kann das weitere Anwachsen der Kernenergie gebremst werden!"(1)

In einer neuen Studie über die Entwicklung der Energiewirtschaft der Bundesrepublik bis zum Jahre 1985 wird ein Investitionsvolumen von 267 bis 332 Milliarden DM prognostiziert (2), wobei der größte Teil auf die Elektrizitätswirtschaft entfällt und hier besonders aus dem vorgesehenen Ausbau der kapitalintensiven Kernkraftwerke resultiert. Eine solch enorm hohe und langfristige Festlegung von Investitionsmitteln bedeutet grundsätzlich, die Chancen für alternative Verwendung entsprechend zu blockieren, beispielsweise für die notwendige Investition in die soziale Infrastruktur.

Neben diesem Problem der strukturellen Folgen einer hohen Wachstumsrate und der langfristigen Festlegung von Investitionsmitteln steht das besonders regionale Problem: je größer die Anzahl und je dichter das Netz der Kraftwerke, desto größer die mit der Energieerstellung verbundenen Risiken. Zahl und Dichte der Kraftwerke wiederum hängen wesentlich vom 'Bedarf' an Energie ab.

Fazit: Der unterstellte oder prognostizierte Energiebedarf muß zu einem entscheidenden Ansatzpunkt für die Aktivitäten umweltbewußter Bürger und Politiker werden. Dies auch, weil die Erhöhung des Angebots an weniger riskanter Energie nur längerfristig möglich erscheint.

Grundsätzlich sind drei verschiedene Entwicklungslinien von Nachfrage und Angebot an Energie denkbar:

- Gleichbleiben der bisherigen Wachstumstrends
- gleichbleibende Angebotsentwicklung, aber Reduktion des Verbrauchs durch bessere Nutzung und Einsparung und
- Änderung der Angebotsstruktur und Senkung der Wachstumsrate des Energieverbrauchs gegen Null.

Viele Gründe sprechen für die dritte Perspektive. Sie erfordert unter anderem eine konsequente Reduktion der Energieverschwendung, eine widerspruchsfreie Energiepolitik der Regierung auf allen Ebenen, Abbau übermächtiger Interessen von Wirtschaft und Bürokratie - getragen von einem kritischen Problembewußtsein der Gesellschaft.

1) Ford-Foundation: Energy Policy Project, 1974, S. 28

2) Vgl. Erste Fortschreibung des Energieprogrammes der Bundesregierung und Prognose in FAZ vom 17.12.1974.

Als ergänzendes indirektes Mittel zur Senkung der hohen Wachstumsrate des Energieverbrauchs ist das Anheben des Energieabnahmepreises bei gleichzeitigem Abbau der versteckten und offenen Subventionen für Großverbraucher ins Auge zu fassen.

Direkte und indirekte energiepolitische Maßnahmen dieser Art setzen ihrerseits eine qualitativ neue Wirtschafts- und Strukturpolitik voraus, unter Erhaltung bzw. Rückgewinnung der Vollbeschäftigung und einer befriedigenden umweltgerechten Entwicklung der Wirtschaft.

VI) Raumordnung, Klima, Wasserwirtschaft

Das Oberrheintal stellt eines der wenigen, noch verfügbaren, großen Grundwasserreservoirs in der BRD dar. Seine über längere Teilabschnitte noch quantitativ und qualitativ hervorragenden Wasservorräte werden für die längerfristige Wasserversorgung im großräumigen Verbund immer wichtiger. Die Oberboden- und Untergrundverhältnisse sind jedoch so beschaffen, daß verunreinigende Stoffe leicht in tiefere Schichten gelangen und die Grundwasserqualität beeinträchtigen können. Beispiele sind dafür die Auswirkungen der elsässischen Kalieinleitungen in den Rhein (1) oder die Verschlechterung der Grundwasserhältnisse auch in großer Tiefe im Bereich des Ballungsraumes Mannheim-Ludwigshafen. Die wirtschaftlich-industriellen Entwicklungsvorhaben der Planungsträger verschiedenster Ebenen und Nationalitäten entlang des Rheins sind auf die schonende Bewirtschaftung dieser Ressourcen offenbar nicht abgestimmt und gefährden ihre Nutzung.

Das Wasser des Oberrheins ist durch die Funktion als Vorfluter und Hauptschiffahrtsstraße Europas bereits heute stark belastet. An Schmutzfracht passieren die Höhe von Mainz täglich 20.000 t Chloride, 100 t Phosphate, 1.600 t Nitrate, 150 t Ammonium und 40 t Phenole (2). Allein die zusätzliche Belastung durch Bilgenöle und Abfälle der Schifffahrt beträgt jährlich 10.000 t (3). Da nach den wasserwirtschaftlichen Prognosen für die BRD die Wasserversorgung künftig in steigendem Maße auch auf Oberflächenwasser zurückgreifen muß (4), können alle Planungen nicht zu weiteren Belastungen des Rheinwassers führen, sondern müssen im Gegenteil auf eine Verbesserung hinzielen. Um die Selbstreinigungskraft des Stromes nicht völlig zum Erliegen zu bringen, ist daher auch für die nach 1975 in Betrieb gehenden Kernkraftwerke keine Flußwasserkühlung mehr zugelassen. Damit entfallen jedoch bereits sowohl für großmaßstäbliche Industrialisierung wie speziell für Kernkraftwerke wesentliche Entscheidungsfaktoren, die die bisherige Standortwahl bestimmt haben.

Diese Feststellung erhält zusätzliches Gewicht durch das Klima im Oberrheingraben. Es ist gekennzeichnet durch austauscharme Wetterlagen mit geringer Luftbewegung, sommerlicher Schwüle, Dunst- und Nebelhäufigkeit. Diese als "Belastungsklima" eingestufte Faktorenkonstellation begünstigt eine Anreicherung von luftverunreinigenden Stoffen und eine Potenzierung ihrer Wirkungen. Aus diesem Grunde ist auch ein Ausweichen der Kraftwerksanlagen auf Luftkühlung über Kühltürme mit neuen Problemen verbunden, da sie die ungünstige klimatische Situation weiter verschlechtert.

Die strombegleitenden Auenlandschaften nehmen am Oberrhein noch etwa 15% der Flußstrecke ein gegenüber nur 4% am Mittelrhein und 2% am Niederrhein. Sie zählen mittlerweile zu den absolut seltenen und schützenswerten Biotopen in der BRD. (5) Auch für die Land- und Forstwirtschaft weist das Oberrheintal besonders hochwertige Produktionsstandorte aus.

Mißt man die einseitig wirtschaftlich bestimmten Planungsvorhaben im Oberrheingebiet an den raumordnungspolitischen und umweltpolitischen Zielen des Bundes u. der Länder, so ist eine Diskrepanz sichtbar, die die Unruhe unter der dort lebenden Bevölkerung nur zu verständlich macht. Die Argumentation für den Ausbau einer "Industrieachse Rotterdam-Basel" unter Hinweis auf die "natürliche Standortgunst" muß danach einer mittlerweile vergangenen Denkweise zugeordnet werden. Die z.T. hervorragenden und selten gewordenen natürlichen Ressourcen dieses Raumes einerseits, das ökologische Risiko andererseits stellen eine Herausforderung dar, an der Proklamationen für qualitatives Wachstum und mehr Lebensqualität bewiesen werden oder scheitern können.

- 1) Umweltgutachten 1974, S.199
2) Hessisches Min.f. Landwirtschaft. und Umwelt 1973
3) Umweltgutachten 1974, S.198
4) Raumord. Bericht der Bundesrog. 1972
5) Ermittlung u. Untersuchung der schutzwürdigen und naturnahen Bereiche entlang des Rheins/Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz u. Landschaftspflege, Bonn-Bad Godesberg 1974

LINZ, DEN 1975 05 05
Su/Mf

Sehr geehrte Dame!
Sehr geehrter Herr!

Wir können Ihnen mitteilen, daß die Veranstalter des Studientages "Konfrontation mit der Radikalen Politischen Partei der Niederlande", der am 15. 3. 1975 stattfand, auf Wunsch der Mehrzahl der Teilnehmer einen weiterführenden Studientag planen. Da aus organisatorischen Gründen vor dem Sommer eine Durchführung nicht mehr möglich ist und im Herbst die Wahlen abgewartet werden müssen, wurde als Termin Samstag, 1975 11 15 fixiert. Wir würden uns freuen, wenn Sie wieder teilnehmen würden und ersuchen schon jetzt um Vormerkung des Termins.

Die Vorbereitungsgruppe für den Studientag, bestehend aus Vertretern der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, der Katholischen Arbeiterjugend, der Katholischen Hochschulgemeinde, des Referats für Betriebspastoral und des Sozialreferats der Diözese Linz und der "Aktionsgemeinschaft Oberes Mühlviertel", möchte zunächst engagierte Gruppen, die sich aus christlicher Verantwortung heraus mit gesellschaftlichen Fragen beschäftigen, ausfindig machen. Um die Impulse, die von den Vertretern der Radikalen Politischen Partei gesetzt wurden, weiter verfolgen zu können, soll es zu einem Informations- und Erfahrungsaustausch kommen.

Wenn Sie selbst in Gruppen mitarbeiten oder solche kennen, die sich um Problemlösungen im kleinen Bereich (zB. in der Pfarre, in der Gemeinde) bemühen oder die auch weiterreichende gesellschaftspolitische Aktionen in Angriff nehmen, so teilen Sie uns bitte Kontaktadressen mit und - wenn möglich - auch die Aufgaben, an denen die Gruppen arbeiten.

Weiters ersuchen wir Sie besonders, uns Ihre Erwartungen an diesen Studientag mitzuteilen, wenn möglich schon bis 1975 06 02, damit Ihre Anregungen bei der nächsten Zusammenkunft der Vorbereitungsgruppe am 1975 06 03 behandelt werden können.

Wir hoffen sehr auf Ihre Teilnahme und Mitarbeit und verbleiben
mit freundlichen Grüßen



Dr. Walter Suk
Sozialreferent der Diözese Linz

**Die radioaktive Vernichtungskraft von
1000 Atombomben
lauert schon nach einem Betriebsjahr in einem
1000-MW-Atomkraftwerk!**



Die unabhängige Wissenschaft stellt fest:

Auch bei Normalbetrieb eines Atomkraftwerkes gelangt — trotz aller sogenannten Sicherheitsvorkehrungen — Radioaktivität in Luft und Wasser und über die Nahrungskette in den menschlichen Organismus, wo sie Strahlungsherde bildet. Diese Strahlungsherde verursachen **Krankheit, Erbschäden, Mißgeburten und Fröhntod.**

Die bis heute entwickelten Sicherheitsmaßnahmen geben ungenügenden Schutz. Das Notkühlsystem funktioniert nicht. Von sechs Tests in den USA schlug ein jeder fehl.

Auch geringfügige Störungen bei einem Reaktor, Materialfehler oder menschliches Versagen **können sich zur Katastrophe ausweiten** und die **völlige Evakuierung im Umkreis von 150 Kilometern** windabwärts auf Jahre hinaus erzwingen.

Gegen Naturkatastrophen, Sabotage oder Gewalteinwirkungen (Bombardement) gibt es überhaupt keine Sicherheit.

Die tödlich strahlenden Abfälle eines Reaktors müssen jahrhundertlang bewacht und periodisch umgelagert werden. Radioaktivität kann durch kein Verfahren vernichtet, ihr Zerfallprozeß nicht beschleunigt werden. Zum Beispiel erzeugt 1/1.000.000stel Gramm Plutonium Lungenkrebs. Plutonium hat eine Halbwertszeit von 24.400 Jahren, d. h., daß nach 24.400 Jahren 1/500.000stel Gramm Plutonium noch immer Lungenkrebs erzeugt.

Durch den Atom-Müll belasten wir Generationen, die noch nicht geboren sind, mit einer gefährlichen und kostspieligen Hypothek. Hätten unsere Vorfahren im 14. Jahrhundert schon Atomreaktoren gebaut, so müßten wir heute noch ihre Stromrechnungen bezahlen mit Siechtum, Krüppeltum und Fröhntod und mit der Betreuung ihres Atommülls.

WAS GESCHIEHT

im Falle einer Reaktorpanne mit Austritt von radioaktiven Stoffen?

Bei einem Reaktor von etwa 250 Megawatt (MW)

- **„Bis 25 Kilometer 3400 Tote. Bis 64 Kilometer 42.500 unheilbar Atomkranke. Bis 320 Kilometer 182.000 Strahlengeschädigte. Bis 500 Kilometer Evakuierung.“**

(Geheim-Information des Bundes-Kriminalamtes Wiesbaden, BRD)

Bei einem Reaktor von etwa 500 MW

- **„Tödliche Strahlungen bis 80 Kilometer. Schaden bis zu einer Milliarde Dollar.“** (Internationale Atomkonferenz, Genf)

Bei einem Reaktor von etwa 800 MW

- **„Tödliche radioaktive Wolke bis 150 Kilometer. Verbot oder Beschränkung der Landnutzung auf Jahre hinaus bis 760 Kilometer.“**
(Union of Concerned Scientists, Cambridge, Mass.)

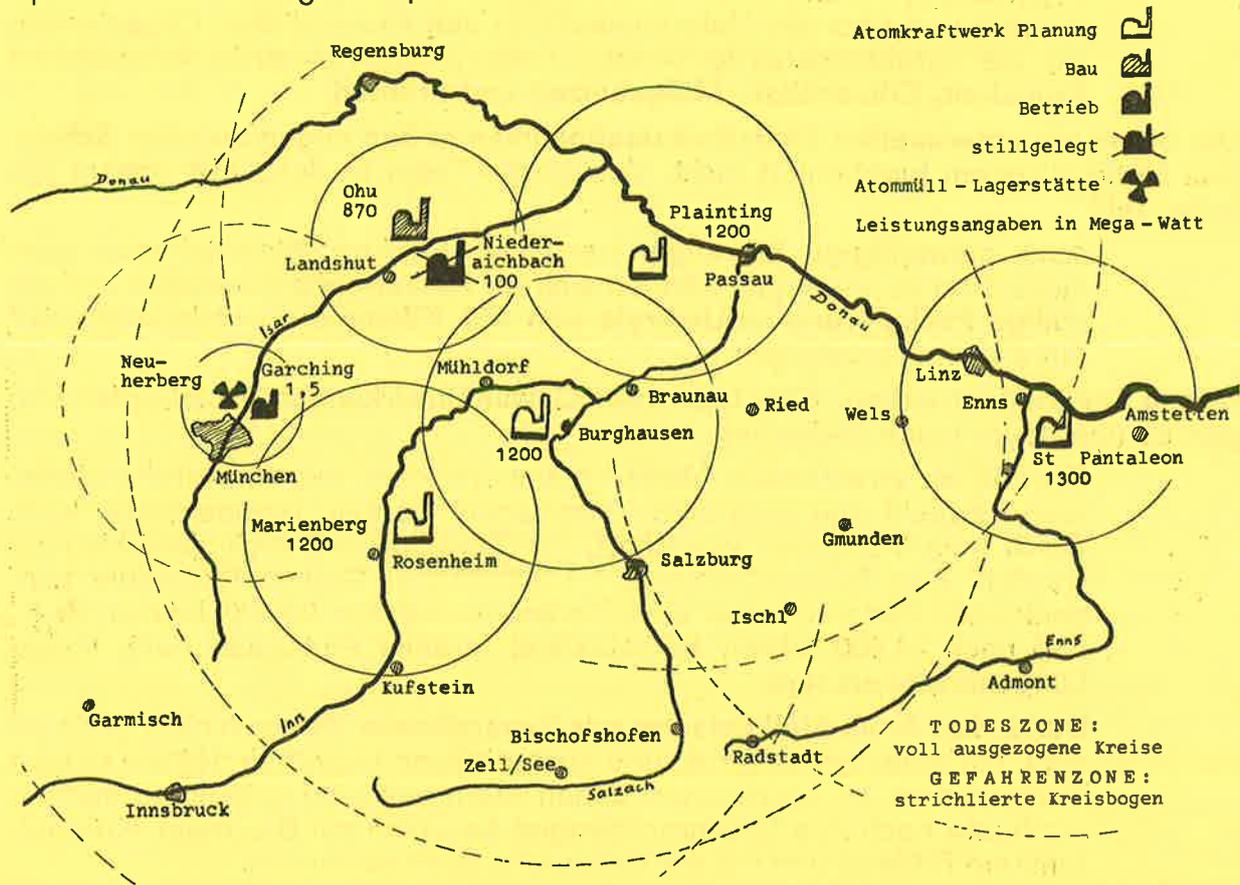
Der benachbarte Bundesstaat Bayern aber baut und plant Atomkraftwerke von 1800 MW und darüber. Das bedeutet,

daß die Länder Tirol, Oberösterreich und Salzburg sowie die Stadt Salzburg selbst in die Gefahren- und Todeszone dieser Atomkraftwerke zu liegen kommen!

Die Errichtung von Anlagen, deren nachteilige Auswirkungen über die Staatsgrenzen hinaus das Nachbarland beeinträchtigen, verstößt gegen das Völkerrecht!

Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger,

damals noch Bundesminister für Äußeres, hat in einem Gespräch mit dem Weltbund zum Schutze des Lebens in Vorarlberg diesen Standpunkt bestätigt und zugesagt, gegen den Bau des grenznahen Atomkraftwerkes Rüthi (Schweiz) auf diplomatischem Wege Einspruch zu erheben.



Das österreichische Volk fordert daher

den sofortigen Stopp aller Reaktorbauten und Planungen, die eine Gefahr für Österreich darstellen!

Alle Österreicher, die sich ein Leben in Sicherheit und Frieden wünschen, denen Heimat, Gesundheit, Erbgesundheit und die Sicherung der Zukunft noch etwas bedeuten, melden sich beim



RETTET DIE ERDE!

Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL)

International, unparteilich, überkonfessionell.

Gegründet 1960 zu Salzburg, Österreich.

Vertretungen in 34 Staaten.

WSL, Postfach 251, A-5010 SALZBURG

Postscheck-Konto Nr. 7213.216

Bank-Konto Nr. 100-232482 Spängler Bank Salzburg



NEGATIVAUSLESE FÜR WOHNGEBIETE

ZONEN MIT VORHANDENER BZW. ZU ERWARTENDER STARKER UMWELTBELASTUNG

Bürgerinitiative gegen Atomgofahren im
Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL)

4010 Linz, Postfach 167

Wir sind den Ärzten dankbar, daß sie sich als Verantwortliche für unsere Gesundheit durch ihre Standesvertretung äußerst kritisch zum Atomkraftwerksprojekt Stein-St. Pantaleon geäußert haben. Im folgenden wird die Stellungnahme der Ärztekammer, die in der Steyrer Zeitung vom 23.1.1975 vollinhaltlich abgedruckt war, wiedergegeben.

MEMORANDUM DER ARZTEKAMMER FÜR OBERÖSTERREICH
ZUM GEPLANTEN ATOMKRAFTWERK STEIN - ST. PANTALEON.

Bei dem geplanten Atomkraftwerk handelt es sich nach vorliegenden Informationen um ein Kernkraftwerk mit Leichtwasserreaktor. Die weltweite Auseinandersetzung über diese Form der Energiegewinnung und ihre Risiken ist bei weitem noch nicht abgeschlossen, und dieses Verfahren muß somit als unausgereift bezeichnet werden.

Es steht außer Streit, daß es keine unschädliche Dosis von Radioaktivität gibt. Die wissenschaftlichen Grundlagen der biologischen Schädigung durch ionisierende Strahlung lassen ein Ansteigen somatischer Erkrankungsfälle (z.B. Krebs, Leukämie und sonstige bösartige Tumoren) einerseits, sowie von den sich über viele Generationen erstreckenden Erbschäden andererseits mit Sicherheit erwarten, da es kein Atomkraftwerk gibt, von dem nicht selbst im Normalbetrieb Radioaktivität an die Außenwelt abgegeben wird.

Damit sind schon mit dem Normalbetrieb erhebliche biologische Risiken verbunden. Die durch Unfälle (menschliches und technisches Versagen), Sabotage, Terror und Krieg drohenden nuklearen Katastrophen sind in gesundheitlicher Hinsicht von unabschätzbarer räumlicher und zeitlicher Tragweite, entspricht doch die langlebige Radioaktivität, die sich innerhalb eines jeden Betriebsjahres in dem geplanten Reaktor ansammelt, jener von über tausend Hiroshimabomben.

Weiters birgt der periodisch notwendige Transport erheblicher Mengen hochradioaktiven und hochtoxischen Materials Gefahren unabsehbarer Ausmaßes in Form einer langfristigen und irreversiblen Verseuchung der Biosphäre in sich.

Die Wahl des Standortes Stein-St. Pantaleon am Rande des dicht besiedelten Zentralraumes von OÖ. verschärft die Größe und den Umfang der Gefahren sehr bedeutend - es sind davon ca. 400.000 Menschen betroffen. Hierbei muß auf die besonderen Gelände- und Klimaverhältnisse im Gebiet Perg - Enns - Asten - Steyr hingewiesen werden und darauf, daß im Linzer Becken die biologischen Belastungen bereits den Grenzen des Erträglichen bedenklich nahe kommen.

Das Zusammenwirken der Radioaktivität mit den vorhandenen, nicht unerheblichen Mengen an chemischen Schadstoffen und Staub in der nebelreichen Beckenlandschaft dieser Donaustrecke potenziert die Schädlichkeit der einzelnen Faktoren.

Zusammenfassend stellt die Ärztekammer für OÖ. fest, daß zwischen den erfolgversprechenden gesundheitspolitischen Maßnahmen der letzten Jahre und den Auswirkungen von Atomkraftwerken der geplanten Art auf die Bevölkerung ein unlösbarer Widerspruch besteht.

Die Ärztekammer für OÖ. fordert daher alle kompetenten und alle betroffenen Stellen auf, insbesondere den geplanten Standort am Rande des oberösterreichischen Zentralraumes zum Wohle der Volksgesundheit und bevor präjudizierende Milliardeninvestitionen getätigt werden, grundsätzlich kritisch in Frage zu stellen.

WER SCHÜTZT WEN VOR WEM ?
(Überlegungen zum sogenannten Strahlenschutzgesetz)

Die Schädlichkeit radioaktiver Strahlung, auch kleinster Mengen, ist heute nicht mehr Gegenstand der wissenschaftlichen Diskussion. Die biologischen Schäden sind Krebs und Leukämie; ferner erblich bedingte Mißbildungen, die oft erst nach einigen Generationen auftreten. (Umfangreiche Tierversuche mit Tieren mit kurzer Generationsdauer liefern den Beweis).

Die sogenannten Strahlenschutzgesetze lassen (im Interesse der Kernindustrie, denn sonst hätte sie keine Möglichkeit zu existieren und zu expandieren) zu, daß Kernspaltanlagen radioaktive Strahlung abgeben dürfen.

Es ist müßig, über die willkürlich festgelegte und "gesetzlich tolerierte" Strahlenmenge zu reden. Mehr Strahlung gibt mehr Krebstote und mehr Mißbildungen, weniger Strahlung gibt weniger Krebstote und weniger Mißbildungen. Das Strahlenschutzgesetz müßte demnach in "Bestrahlungserlaubnisgesetz" umbenannt werden.

Für uns spricht, daß wir trotz aller Verharmlosungspropaganda und Manipulationen so kritisch geblieben sind und die Zusammenhänge durchschauen.

Für uns spricht, daß wir die feste Absicht haben, überleben und den Nachkommen eine intakte Umwelt hinterlassen zu wollen (ohne radioaktive Verseuchung der Biosphäre).

Wir sind wahrscheinlich keine angenehmen Menschen im heutigen Gesellschaftssystem, keine opportunen Jasager.

Sind wir deshalb unsachlich?

DAS STRAHLENSCHUTZGESETZ IST WISSENSCHAFTLICH NICHT HALTBAR.

Ist das eine unsachliche Aussage? Und ist das etwa unangebracht, wenn wir dann ein Überdenken fordern, einen Aufschub für den Bau von Atomkraftwerken in Österreich, bis diese Frage geklärt ist? Ist das unberechtigt, wenn wir die Parteistellung für die betroffene Bevölkerung fordern, wie sie in demokratischer Weise selbstverständlich den in der Umgebung von Betrieben wohnenden Menschen nach der Gewerbeordnung zugestanden wird, nicht aber in dem bei Atomkraftwerken anzuwendenden Strahlenschutzgesetz?

UND DESHALB IST DAS STRAHLENSCHUTZGESETZ AUCH UNDEMOKRATISCH.

Da stimmt doch etwas nicht!

Lassen wir Dennis Meadows, den Verfasser des 1. Berichtes an den "Club of Rome" (Die Grenzen des Wachstums) für uns sprechen: "Es gibt Atomgegner und solche, die noch nie darüber nachgedacht haben".

Verehrter Leser, Sie sollten einmal darüber nachdenken!

Bürgerinitiative gegen Atomgefahren im WSL, 4010 Linz, Postf. 167
Für den Inhalt verantwortlich: Asta Krejci, 4470 Inns, Zieglerstr.

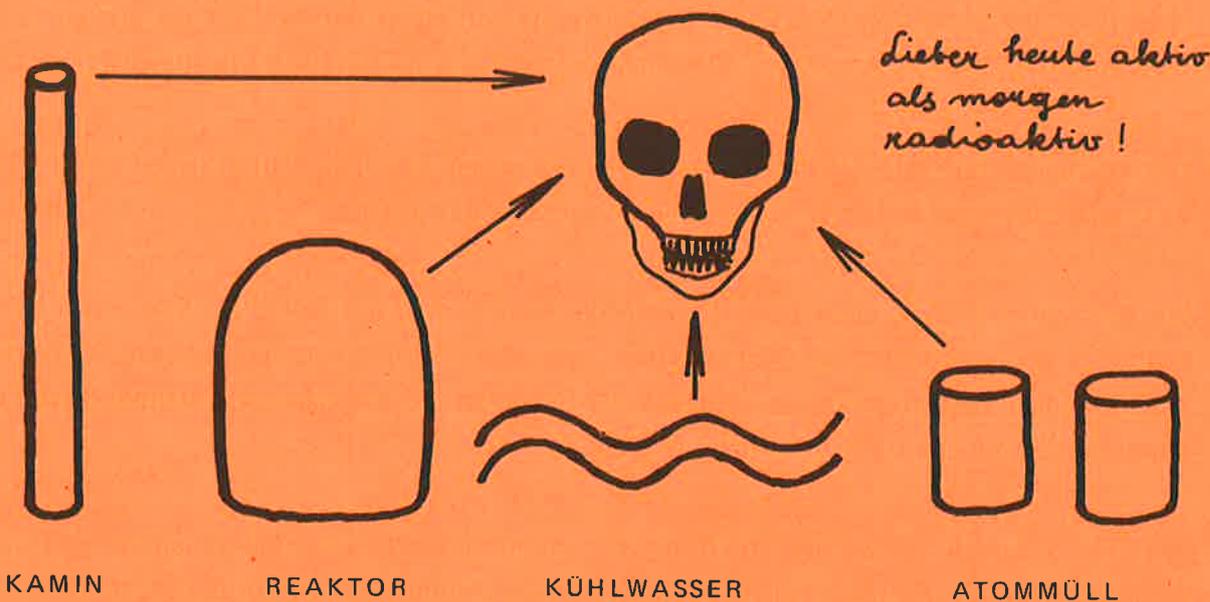
Dr. Hermann Holz im Leitartikel der ÖÖN vom 19. April 1975:

"Die Parteien werden sich dessen bewußt werden müssen, daß mit der Entscheidung über Einsatz oder Verzicht der Atomkraft für die Wirtschaft die große gesellschaftspolitische Entscheidung des Jahrhunderts fällt. Es geht darum, ob unser Produktionssystem, auch noch mit dem Risiko der Atomenergie belastet, zu immer rasenderen Umdrehungen gepeitscht werden soll, oder ob mit dem Verzicht auf Atomstrom und der dadurch unvermeidlichen Einschränkungen ein organischer Wandel zu einer in jeder Weise gesünderen Existenzform und neuen gesellschaftspolitischen Wertauffassungen eingeleitet werden kann."

Bürgerinitiative gegen Atomgefahren

im Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL)
überparteilich — gegenwartsnahe

Unterschriftensammlung Volksbegehren



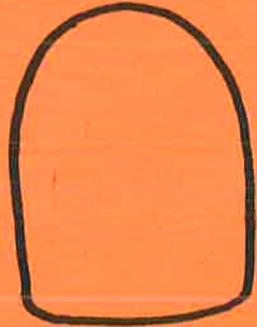
Die interessensfreie, objektiv wissenschaftliche Beurteilung
der Atomkernspaltung:

**Mehr Erbschäden,
Mißgeburten, Krebsfälle,
dauernde Bedrohung durch
Unfälle, Sabotage, Terror**



Im Normalbetrieb:
Sich ständig wiederholende
Abgabe von biologisch
schädigender Radioaktivität
durch den Kamin.

Porto
bezahlt
Empfänger



Im Normalbetrieb:
Anhäufung
radioaktiver
Strahlungskraft
in der Größen-
ordnung von
mehreren hundert
Hiroshima-Bomben.

Geschäftsantwortbrief

An die

Bürgerinitiative gegen Atomgefahren
im Weltbund zum Schutze des Lebens

Postfach 167
4010 LINZ

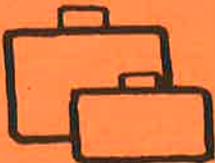


Im Normalbetrieb:
Ständige Abgabe
von biologisch
schädigender
Radioaktivität in
die erwärmte Donau

.....
..... Abs



Im Normalbetrieb:
Ständiger Anfall von
hochradioaktivem
Atommüll
Wohin damit?



Bei Superunfall:
Flucht oder Tod

Listen – auch wenn sie nicht voll sind – bitte laufend einsenden.
Liste zweimal falten, mit S 1,60 frankieren oder auch unfrankiert
aufgeben. Bitte neue Listen anfordern.
Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv.